

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Kapitalismus und Umwelt: Zerstörung für Profite!



Buckhorn Mesa landfill,
Alan Levine, CC BY 2.0
(<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0>), <https://pxhere.com/de/photo/348762>

Die Folgen der kapitalistischen Umweltzerstörung sind heute wohl in kaum einem Teil der Welt mehr übersehbar. Die Verschmutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt infolge des weltumspannenden kapitalistischen Wirtschaftssystems und der daraus folgende Klimawandel werden zu einer zunehmenden Bedrohung für das Leben von Milliarden Arbeiter:innen auf der Welt.

In vielen Teilen der Welt ist die Umweltverschmutzung und die dadurch verursachte Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen durch die Verwüstung ganzer Landstriche seit Jahrzehnten ein existenzielles Problem. Durch den Klimawandel und Umweltkatastrophen wie die Flut im Ahrtal, das Fischsterben in der Oder und einen der wärmsten Winter aller Zeiten bekommen auch in Deutschland immer mehr Menschen die Folgen zu spüren.

Auslöser dieser Zerstörung der natürlichen Umwelt durch Klimawandel und Umweltkatastrophen ist der mutwillige kapitalistische Raubbau an der Natur. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und den Ressourcen der Natur aufgebaut. Die Konzerne beuten Mensch und

Natur maximal aus, um größtmögliche Profite im Konkurrenzkampf untereinander zu erwirtschaften. Der Kampf um immer höhere Profite wird ohne Rücksicht auf die Folgen für Mensch und Natur geführt.

Infolge dieser Produktionsweise werden, etwa beim Abbau Seltener Erden, von Kohle, Eisenerz und Uran gigantische Landstriche verwüstet und jedes Leben dort unmöglich gemacht. Die Umweltagentur der Vereinten Nation geht in ihrem Bericht zur globalen Umweltverschmutzung im Jahr 2017 davon aus, dass alle Menschen auf der Erde von Umweltverschmutzung betroffen sind. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) leiden 92 Prozent der Menschen auf der Welt unter der zunehmenden Luftverschmutzung. Jährlich sollen mehr als neun Millionen Menschen an den

Folgen der Umweltverschmutzung durch die kapitalistische Produktionsweise und das Wirtschaftssystem sterben.

Müllexporte nach Asien und Afrika

Um das Leben in den imperialistischen Industrienationen trotz aller Umweltzerstörung so angenehm und ungestört wie möglich zu gestalten, versuchen Regierungen und Unternehmen die Abfälle dieses verschwenderischen kapitalistischen Wirtschaftssystems zu exportieren. In Asien und Afrika versinken ganze Landstriche unter dem exportierten Müll, etwa aus den USA oder Europa.

Bis 2018 galt China als die „Müllhalde der Welt“. Hier wurden jedes Jahr Millionen Tonnen Müll hin exportiert,

bis die chinesische Regierung dem im Rahmen des internationalen Konkurrenzkampfes einen Riegel vorschob. Nachdem die chinesische Regierung einen Großteil dieser Exporte verboten hat, wird der Müll nun nach Südostasien verschifft. Allein aus der EU landen jährlich mehr als 1,1 Millionen Tonnen Plastikmüll hier. Nur wenig davon wird tatsächlich recycelt, der größte Teil wird hier zum Verrotten liegen gelassen oder verbrannt. Dadurch werden Grundwasser und Luft stark verschmutzt und führen zu tödlichen Krankheiten.

An den Küsten von Bangladesch verschmutzen die Trümmer alter und ausrangierter Schiffe die Umgebung. In Ghana, Burkina Faso und Nigeria türmen sich kaum überblickbare Mengen an Elektroschrott aus Europa.

Die Lösung der Klima- und Umweltkrise im Sozialismus

Die Klima- und Umweltkrise ist keine historische Zufälligkeit oder die Folge eines Fehlverhaltens von Einzelnen. Sie ist eine gesetzmäßige Erscheinung in der kapitalistischen Produktionsweise. Ihre Lösung setzt die Errichtung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft voraus. > Seite 3

Polizeimorde: Widerstand an jedem Ort!

Staatliche Morde gibt es nicht nur im Ausland. Auch in Deutschland ermordet die Polizei jährlich Menschen, besonders häufig Migrant:innen. Unsere Antwort darauf heißt Solidarität und Widerstand als Arbeiter:innenklasse. > Seite 4



Ähnlich sieht es in der Atacama-Wüste in Chile aus, in der sich gigantische Berge nicht verkaufter oder defekter Textilien türmen. Allein im Jahr 2021 wurden hier 30.000 Tonnen Textilien in der Natur abgeladen.

Flucht vor Umweltzerstörung

Die kapitalistische Umweltzerstörung nimmt weltweit immer größere Ausmaße an und wird aller Voraussicht nach in den kommenden Jahrzehnten immer mehr auch zu einer zentralen Fluchtursache in vielen Teilen der Welt werden.

Auf der einen Seite drängt die Verschmutzung immer größerer Landstriche, die Verwüstung durch Kriege und die Vernichtung der Lebensgrundlagen durch kapitalistische Infrastruktur- und Industrieprojekte immer mehr Menschen zur Flucht. Auf der anderen Seite führt der durch die kapitalistische Umweltverschmutzung ausgelöste Klimawandel dazu, dass mehr und mehr Regionen auf der Welt unbewohnbar oder durch Umweltkatastrophen verwüstet werden.

Fehlendes Trinkwasser, steigende Meeresspiegel, Luftverschmutzung, Hitzewellen und Überschwemmungen treiben schon jetzt jedes Jahr mehr als 20 Millionen Menschen zur Flucht. Die Weltbank geht davon aus, dass die Zahl der Menschen, die aufgrund des veränderten Klimas auf der Flucht sein werden, bis ins Jahr 2050 auf mindestens 150 Millionen Menschen ansteigen wird.

Kapitalistische Klimastrategie: Greenwashing

Auch die kapitalistischen Unternehmen haben sich mittlerweile an die Entwicklung anpassen müssen und eigene Strategien im Umgang mit der Umweltzerstörung und dem Klimawandel entwickelt.

Kapitalistische Unternehmen nutzen heute ihr angebliches Engagement für den Umweltschutz als Werbemittel und als Argument, besser nicht bei der Konkurrenz zu kaufen. Kaum ein Produkt wird mehr angeboten, ohne auf die angeblich doch so besonders klima- und umweltfreundliche Herstellung von Produkt und Verpackung hinzuweisen und den Kund:innen vorzugaukeln, sie hätten mit ihrem Kauf noch etwas Gutes für die Umwelt getan. Mit der Realität hat das in den wenigsten Fällen etwas zu tun.

Selbst strategische Entscheidungen großer Monopole, wie die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf eine möglichst eigenständige Energiebasis zur Sicherung der deutschen Wirtschaft in kommenden größeren internationalen Auseinandersetzungen und Kriegen, wird heute als Schutz der Umwelt und der Menschenrechte getarnt. Dabei war dies bereits eines der großen Ziele des deutschen Faschismus vor und im zweiten Weltkrieg.

Wachsende Proteste gegen Umweltzerstörung

Fridays for Future, „Letzte Generation“ und die Proteste in dem kleinen Dorf Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier dürften wohl den allermeisten Menschen in Deutschland ein Begriff sein. Die Menschen, die sich in diesen Gruppen und Protesten engagieren, haben gemeinsam, dass

sie gegen die Folgen der Umweltzerstörung und den daraus resultierenden Klimawandel protestieren. In den vergangenen Jahren hat die Umweltbewegung nicht nur in Deutschland, sondern weltweit einen großen Aufschwung bekommen.

Ein Großteil der Bewegung bleibt mit ihren Protesten dabei jedoch in einem begrenzten politischen Rahmen und hat damit geholfen, die Grünen in die Bundesregierung zu hieven. Dabei werden viele dieser Gruppen direkt durch kapitalistische Stiftungen wie den Climate Emergency Fund mitfinanziert und richten ihre Politik vor allem auf Forderungen an die Bundesregierung. Zum Teil sind auch direkt kleinere und mittlere Unternehmen beteiligt, die darauf drängen eine „grüne Industrie“ aufzubauen und durch den Protest auf der Straße Wettbewerbsvorteile erreichen wollen.

Ein Teil der „radikaleren“ Gruppen der Umweltbewegung fällt insbesondere durch ihre Rhetorik und Symbolik des baldigen Untergangs der Welt auf und erinnert stark an religiöse Sekten. Dabei stecken hinter ihrem radikalen Auftreten meist gar nicht so radikale Forderungen. Eine tatsächliche Lösung für die kapitalistische Umweltzerstörung bieten sie meist nicht an, sondern appellieren etwa an die Regierungen, die Wirtschaft und die Bevölkerung mit immer neuen Auflagen und Umweltschutzgesetzen zu belegen. Dabei missachten sie in der Regel, dass die eigentliche Ursache der systematischen Umweltzerstörung im kapitalistischen Wirtschaftssystem liegt.

Proteste, die sich allein gegen die eine oder andere Maßnahme der Politik oder eines Wirtschaftskonzerns richten, können sicher richtig sein, müssen aber in letzter Konsequenz wie ein Tropfen auf den heißen Stein verpuffen, wenn sie nicht in den Kampf für die Überwindung des umwelt-

zerstörenden kapitalistischen Wirtschaftssystem als Ganzes eingebettet sind.

Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem

Der Kampf für einen wirklich nachhaltigen Umweltschutz muss an die Wurzel gehen und seine konkrete Ursache bekämpfen. Diese Ursache liegt in einem Wirtschaftssystem, in dem eine kleine Minderheit von Kapitalist:innen gigantische Reichtümer auf Grundlage der Ausbeutung von Mensch und Natur anhäuft und durch die eigene verschwenderische Lebensweise die Umweltzerstörung immer weiter anheizt.

Immer höheren Steuern und Abgaben auf notwendige Verbrauchsgüter sowie der Finanzierung des Umbaus der deutschen Industrie auf neue Energieträger durch die Steuern der Arbeiter:innenklasse müssen wir eine klare Absage erteilen. Ein nachhaltiger Natur- und Umweltschutz kann nicht durch Maßnahmen auf dem Rücken der Arbeiter:innenklasse oder durch die Forderung nach immer mehr freiwilligem Verzicht und Einschränkungen geschaffen werden, sondern nur durch den Kampf gegen das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem.

Der Kampf gegen die weitere Zerstörung unserer natürlichen Umwelt ist lebensnotwendig, kann aber nur als Kampf für die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems erfolgreich geführt werden. Diese Klarheit über Richtung und Ziel eines wirksamen Kampfs um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine notwendige Voraussetzung für den bewussten Kampf der Arbeiter:innen- und Umweltbewegung.



Die Lösung der Klima- und Umweltkrise im Sozialismus



Die Klima- und Umweltkrise, der sich die Menschheit gegenübersteht, ist keine historische Zufälligkeit oder die Folge dieses oder jenes Fehlverhaltens von Einzelnen. Sie ist vielmehr eine gesetzmäßige Erscheinung in der kapitalistischen Produktionsweise. Ihre Lösung setzt die Errichtung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft voraus, in der die Produktionsmittel das Eigentum der ganzen Gesellschaft sind und von ihr gesteuert werden.

Der Abriss von Dörfern, um Platz für mehr Braunkohletagebau zu schaffen. Schnee, der mit dem Hubschrauber in Luxus-Skiorte transportiert wird. Müll, der aus Europa nach Südostasien verschafft und dort neben Slums abgeladen wird. Der Kapitalismus liefert jeden Tag unzählige Beispiele dafür, dass er für den Raubbau an Mensch und Natur steht, dass ein echter Umwelt- und Klimaschutz unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich ist. Der Grund hierfür ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln und der Zwang für Unternehmen, möglichst große Profite zu erwirtschaften, wenn sie in der Konkurrenz nicht untergehen wollen. Hinzu kommt die Verschwendung von natürlichen Ressourcen als Merkmal der bürgerlichen Lebensweise, die auf dieser wirtschaftlichen Grundlage heranwächst.

Eine echte Lösung der Klima- und Umweltkrise kann nur erfolgen, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Profitwirtschaft abgeschafft werden: Also wenn die von den Arbeiter:innen geführte Gesellschaft selbst die Produktionsmittel in die Hand nimmt und planmäßig darüber entscheidet, was, wann, in welcher Menge und wofür produziert wird. Diese Gesellschaft ist der Sozialismus.

Doch wie kann eine sozialistische Gesellschaft die Klima- und Umweltkrise konkret in den Griff bekommen und welche Maßnahmen sind dafür erforderlich?

Als zentrale Maßnahme muss der von der Arbeiter:innenklasse geführte sozialistische Staat, der die Produktionsmittel in den Besitz genommen hat, die Produktion aller Güter auf der Grundlage von Plänen neu organisieren. Dafür muss der tatsächliche gesellschaftliche Bedarf an Gütern, also an Lebensmitteln, Kleidung, Kultur, Unterhaltung, Transportmitteln, Energie etc. ermittelt werden. Diese Aufgabe kann nur von einem wirklich demokratischen, auf der Basis von Räten organisierten Staatswesen gelöst werden, das in allen Betrieben, Stadtteilen etc. verankert ist. Der Rätestaat stellt sicher, dass die natürlichen und menschlichen Ressourcen nicht verschwendet werden, sondern optimal für die Befriedigung aller kurzfristigen und langfristigen Bedürfnisse der Gesellschaft eingesetzt werden.

Dazu gehört auch die Organisation einer weitgehenden Wiederverwertung von Rohstoffen (Recycling), wo immer sie möglich und zweckdienlich ist. Für den sozialistischen Staat, der sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen statt an kurzfristigen Profiten

orientiert, ist es keine Option, Abfälle einfach zu vergraben, ins Meer zu kippen oder in andere Länder zu verschiffen, weil das billiger ist. Vielmehr muss die Produktionsplanung bei der Frage der Rohstoffgewinnung beginnen und die Entsorgung sämtlicher Abfälle mitberücksichtigen. Nur so kann die Produktion auf eine möglichst weitgehende Kreislaufwirtschaft umgestellt und Umweltschäden minimiert werden.

Auch die Frage der Energieerzeugung kann nur auf der Grundlage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln im gesellschaftlichen Sinne gelöst werden. Anstatt umweltschädliche und ineffiziente Formen der Energieerzeugung wie z.B. Kohleverstromung einzusetzen, weil diese günstiger sind, plant der sozialistische Staat langfristig die Ressourcen für eine nachhaltige Energieproduktion ein. Das bedeutet, dass die sozialistische Gesellschaft neben dem weitgehenden Einsatz von erneuerbaren Energien wie Solar und Wind auch die Forschung an möglichen neuen, noch wirksameren Energiequellen mit einplant, wie z.B. Fusionsenergie.

Auf dem Gebiet des öffentlichen Verkehrs und des Transportwesens schafft der sozialistische Staat eine möglichst gute Infrastruktur, um die Entstehung von Treibhausgasen zu reduzieren. Dazu gehört eine Stadt-

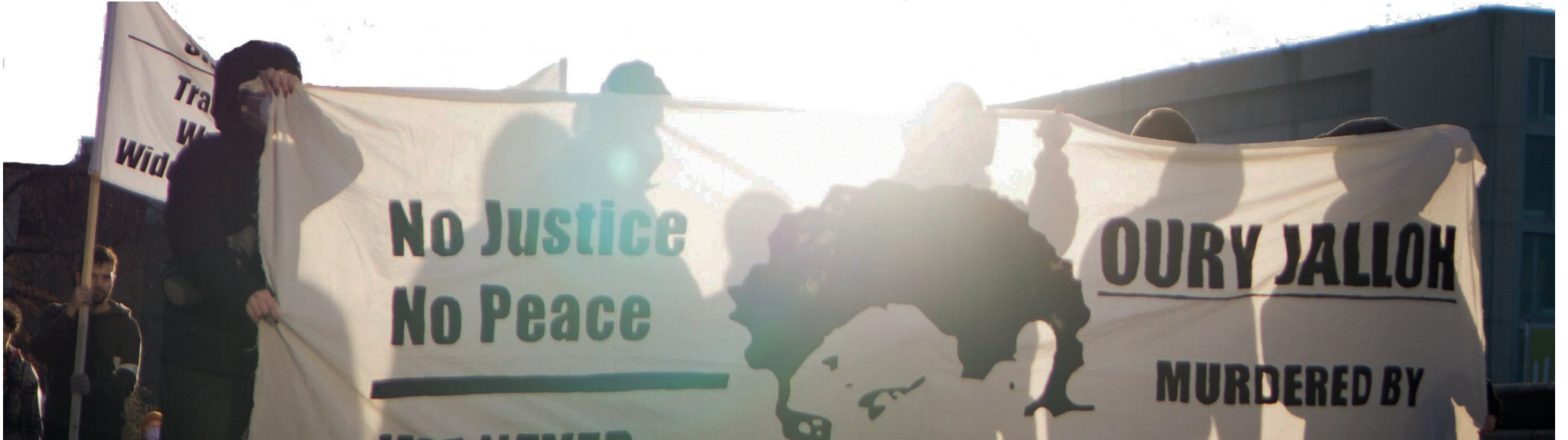
planung, die möglichst kurze Wege sicherstellt (etwa durch eine drastische Verbesserung der Infrastruktur auf dem Land) und die Investition in einen hochwertigen öffentlichen Nah- und Fernverkehr, der das private Auto zunehmend überflüssig macht.

Auf all diesen Gebieten gilt: In je mehr Ländern der Sozialismus bereits errichtet wurde, desto weitgehender können nationale Begrenzungen z.B. durch beschränkte Ressourcen oder technologische Fähigkeiten im Rahmen einer gegenseitigen internationalistischen Hilfe überwunden werden.

Nicht zuletzt wird ein sozialistischer Staat als eine der ersten Maßnahmen dem Luxuskonsum und der Verschwendungssucht der ehemaligen Bourgeoisie enge Grenzen setzen. Das bedeutet, Reisen im Privatjet oder das Beheizen von privaten Pools in Luxusanwesen werden verboten und eine breite Bildungsarbeit zur Schärfung des Umweltbewusstseins in der gesamten Gesellschaft organisiert.

Zusammengenommen sind das notwendige Maßnahmen zur Lösung der Umwelt und Klimakrise, wie sie nur im Sozialismus organisiert und gesamtgesellschaftlich durchgesetzt werden können.

Polizeimorde: Widerstand an jedem Ort!



Staatliche Morde gibt es nicht nur im Ausland. Auch in Deutschland ermordet die Polizei jährlich Menschen, besonders häufig Migrant:innen. Unsere Antwort darauf heißt Solidarität und Widerstand als Arbeiter:innenklasse.

Gehören staatliche Morde nur zum Programm faschistischer Regime? Wer sich die Realität im bürgerlich-demokratischen Deutschland ansieht, muss diese Frage mit Nein beantworten. Allein in den letzten Monaten hat die Polizei erneut zahlreiche Menschen ermordet. Braunschweig, Mannheim, Köln, Dortmund – eine unvollständige Liste an Städten, in denen die Polizei Menschen zu Tode geprügelt oder erschossen hat.

In vielen Fällen waren die Opfer Migrant:innen. Auf Schock und Trauer aus ihrem Umfeld folgten häufig Wut und Kampfbereitschaft. So ist der Name von Oury Jalloh, der in einer Dessauer Gefängniszelle verbrannt wurde, 18 Jahre nach seiner Ermordung immer noch bekannt, weil seitdem um Gerechtigkeit für ihn und seine Familie gekämpft wird.

Wütend und entschlossen war eben-

so die Reaktion auf das Attentat in Hanau vom 19. Februar 2020, als ein Faschist neun Menschen ermordete. Während die Polizei hier nicht direkt zum Täter wurde, trug sie laut Erkenntnissen der Angehörigen der Opfer maßgeblich dazu bei, dass es geschehen konnte. Sie ignorierte rassistische Bedrohungen, erlaubte den Waffenbesitz des Täters und versperrte Notausgänge. In der Folge der Tat kam es zu mehreren Großdemonstrationen, Gedenkaktionen und dem spontanen Zusammenschluss von Migrant:innen.

Angesichts der sich immer wieder ereignenden Morde durch den deutschen Staatsapparat werden solche spontanen Reaktionen und Proteste jedoch nicht ausreichen, um ihnen tatsächlich ein Ende zu setzen. Der deutsche Staat hetzt seine Polizei auf Arbeiter:innen und Migrant:innen, lässt Faschist:innen und rech-

te Terrornetzwerke gewähren oder baut sie über den Verfassungsschutz selbst mit auf. Um die kapitalistische Ordnung in diesem Land zu stützen, schreckt der deutsche Staat als Werkzeug der Kapitalist:innen vor keinem Mittel zurück. Schließlich gibt es bei den Behörden keinen „blinden Fleck“, wenn es um Nazistrukturen in Polizei und Bundeswehr geht, sondern gezieltes Handeln. Der Staat nutzt Polizei und Faschist:innen, um Migrant:innen in Angst und Schrecken zu versetzen, um Organisationen der Arbeiter:innenklasse zu zerschlagen und sie davon abzuhalten, für ihre Rechte und Interessen zu kämpfen.

Wollen wir so einen Feind bezwingen, brauchen wir Organisationen, in denen wir als Arbeiter:innenklasse zusammenstehen. Die Versuche der kapitalistischen Ideolog:innen, uns anhand von Nationalitäten, Hautfarbe oder Religion zu spalten, müssen

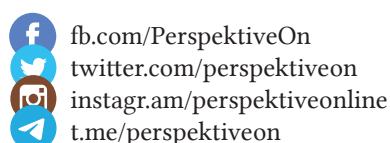
wir zurückschlagen. Das bedeutet auch, rassistische Denk- und Verhaltensweisen in den eigenen Reihen aufzudecken und zu überwinden. Kommt es zu Polizeimorden oder faschistischen Anschlägen, müssen wir gemeinsam mit den Betroffenen für Aufklärung und Gerechtigkeit auf die Straße gehen und gleichzeitig klarstellen, dass es diese im Kapitalismus nicht geben kann. So lange Großkonzerne von unserer Spaltung nach Nationen und Lähmung durch Angst profitieren, werden sie diese versuchen aufrecht zu erhalten.

Unsere Antwort auf jeden weiteren Mord kann nur sein, weiter alles für den Zusammenschluss der Arbeiter:innenklasse zu tun. Gerechtigkeit werden wir für jedes Opfer von Polizeigewalt erlangen, wenn wir die Kapitalist:innen samt ihres Staates beseitigt haben.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende
<https://perspektive-online.net/spenden>